



Positionspapier des Landesverbandes Produktionsschulen Baden-Württemberg

Der Landesverband Produktionsschulen Baden-Württemberg möchte mit diesem Positionspapier eine fachliche und politische Debatte über die berufliche Förderung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in sozial benachteiligten Lebenslagen und mit erfolglosen oder gescheiterten Schulkarrieren anregen. Mit Blick auf veränderte Bedingungen des Aufwachsens und auf eine Gruppe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die mit den bisherigen Angeboten und Maßnahmen der Benachteiligtenförderung nicht erreicht werden, plädiert der Landesverband dafür, Produktionsschulen als Regelangebot im Übergangssystem Schule – Beruf einzurichten. Dazu bedarf es rechtlicher Grundlagen für die Einrichtung und Finanzierung von Produktionsschulen in Baden-Württemberg. In diesem Papier werden Begründungen für Produktionsschulen und politischer Handlungsbedarf für die rechtliche Sicherung von Produktionsschulen skizziert. Weitergehende Informationen und differenzierte Argumentationen können beim Landesverband Produktionsschulen Baden-Württemberg und beim Bundesverband Produktionsschulen nachgefragt werden.

Veränderte Bedingungen des Aufwachsens

Internationale Leistungsvergleiche von Schülerinnen und Schülern, mit dem demographischen Wandel einhergehende rückläufige Schülerzahlen und weniger potenzielle Auszubildende, und durch den Fachkräftemangel deutlich erhöhte Erwartungen an anspruchsvolle und gut qualifizierende Ausbildung markieren veränderte Bedingungen des Aufwachsens. Jugend wird Anfang des 21. Jahrhunderts mehr als früher als Bildungsmoratorium gesehen – und gesellschaftlich eingefordert. Bildung ist nicht mehr nur Bürgerrecht, sondern Bürgerpflicht – und wer dieser nicht nachkommt, wird ausgegrenzt und diskriminiert. Dabei haben wir es mit einer zweigeteil-

ten Jugend zu tun: einem mittlerweile größeren Teil, dem ein langes Moratorium mit attraktiven Bildungsangeboten und -möglichkeiten zugestanden wird und das auch ohne Widerstand und Kritik weitgehend öffentlich finanziert wird. Ebenso einem mittlerweile eher kleineren Teil der Jugend, dem nur ein kurzer Aufenthalt im Bildungssystem zugestanden wird, von dem aber ein früher Eintritt in die Erwerbsarbeit erwartet wird, ohne dafür allerdings ausreichende Bedingungen für eine erforderliche Qualifikation zu erhalten.

Diese zweigeteilte Jugend ist nicht nur bildungspolitisch äußerst fragwürdig, sie ist auch

ein massives sozialpolitisches Problem. Das Bildungssystem in Deutschland verschärft soziale Benachteiligungen durch Benachteiligungen im Bildungsbereich. Jugendliche und junge Erwachsene in sozial benachteiligten Lebenslagen haben deutlich schlechtere Chancen auf einen guten Schulabschluss, ihre Übergänge in Ausbildung und Arbeit sind äußerst prekär. Jugendlichen mit schwierigen und gescheiterten Schulkarrieren werden im Übergang in Ausbildung und Arbeit mit den bisherigen Maßnahmen des Übergangssystems kaum adäquate Angebote offeriert, um ihre Benachteiligung in Bezug auf Bildung ausgleichen zu können. Im Gegenteil verschärft das Übergangssystem in seiner bisherigen Form oft Ausgrenzungen von sozial- und bildungsbenachteiligten Jugendlichen. Jugendliche in sozial benachteiligten Lebenslagen und mit Erfahrungen der Ausgrenzung aus dem System der formalen Bildung befinden sich deshalb in einer widersprüchlichen Ausgangslage: Sie konnten in ihrer Bildungsbiographie kaum oder keine Erfahrungen des Gebrauchtwerdens und der Selbstwirksamkeit machen, ihnen wird jedoch mit den traditionellen Maßnahmen der Berufsvorbereitung auch keine Möglichkeit für Erfahrungen der Selbstwirksamkeit eröffnet

Insofern fallen Jugendliche und junge Erwachsene, denen ein Einstieg in eine Berufsausbildung wegen schulischer oder sozialer Probleme auch nach mehrmaligen Anläufen nicht gelungen ist, in eine Falle, für die sie selbst nicht verantwortlich gemacht werden können. Erforderlich sind vielmehr neue Antworten und Alternativen in der Berufsvorbereitung und der beruflichen Qualifizierung für Jugendliche und junge Erwachsene in sozial benachteiligten Lebenslagen.

Biographische Skizzen

Nadine ist in einer Familie aufgewachsen, die bereits in der zweiten Generation hauptsächlich von Sozialleistungen lebt. Sie hat noch weitere zwei Geschwister, die Väter ihrer Geschwister und ihr eigener Vater sind nie lange in der Familie geblieben. Vorbilder für eine gelungene Berufsbiographie kennt sie nicht. Nach zwei Schulabbrüchen und einem Abgangszeugnis wurde sie früh schwanger und hat keine genaue Vorstellung, wie es weitergehen soll. Maßnahmen der Bundesagentur hat sie mehrfach abgebrochen. Was sie antreibt, ist der Wunsch, dass ihr Kind einmal eine andere Zukunftsperspektive haben soll.

Frank ist der typische Mitläufer. Bei den Diebstählen seiner Kumpels steht er Schmiere, wird zuerst auf den Partys abgefüllt und dann mit

dem Handy aufgenommen. Bei ihm wurden dann die Pillen versteckt, die die Polizei gefunden hat. Frank möchte dazugehören. Seine Eltern wissen auch nicht, was sie noch machen sollen. Er ist ein schwacher Schüler und möchte bei den Praktika und Vorstellungen immer besonders cool sein. Wobei die wenigen Vorstellungen meist schon an seiner Sprachlosigkeit scheitern. Ob er einen guten Förderschulabschluss schaffen wird, ist auch nicht ganz sicher.

Für Valentina ist Deutschland fremd. Aber richtig fremd ist es ihr, dass man hier Behörden vertrauen soll. Die Erfahrung ihrer Eltern und ihre eigene sind, dass eine Behörde immer Ärger bedeutet und die Beamten etwas kosten. Also ist Vorsicht angesagt. Lieber nichts mit einer Behörde oder Maßnahmen zu tun haben. Lieber nichts tun als etwas Falsches tun. Mit den sprachlichen Problemen und einem durchschnittlichen Hauptschulabschluss, vor allem aber mit der Angst steht sie ganz hinten an, wenn es um die Verteilung von Zukunftschancen geht.

Kevin hat große Probleme, das soziale Verhalten anderer Menschen zu verstehen. Er weiß nicht genau ob die gerade fröhlich, traurig, angespannt oder sonst etwas sind. Er kann den Fahrplan auswendig und weiß alles über das Weltall. Seine Schwester hat ihm ein T-Shirt „Team Sheldon“ geschenkt. Soziale Gruppen sind für ihn eine große Herausforderung und doch weiß er, dass er das lernen muss. Wie man sich in einer Gruppe verhält, ein Vorstellungsgespräch durchsteht, einen Alltag lebt. Aber auch mit einem Realschulabschluss wird es für ihn schwierig werden.

Produktionsschule

Produktionsschulen sind ein Angebot für junge Menschen, die aufgrund ihrer bisherigen schulischen Erfahrungen, individuellen Beeinträchtigungen und sozialen Benachteiligungen keine Chance haben, direkt einen Ausbildungsplatz zu erhalten. In Produktionsschulen wird „Arbeiten und Lernen“ miteinander verbunden, und zwar in echten betriebsförmigen Strukturen und Abläufen. Jugendliche erstellen unter der Anleitung von Werkstattpädagogen Produkte oder Dienstleistungen, die vor Ort nachgefragt werden. Beispielsweise Parkbänke, Spielzeug, Fahrradreparatur, Honigprodukte, ein Heuhotel, Kantinenessen, Reparatur von Elektrokleingeräten, Lagerhaltung, Gebäudereinigung und vieles mehr. Der Produktions- und Dienstleistungsprozess ist dabei ganzheitlich im Blick. Vom Auftragseingang, über Warenwirtschaft, Lager/Logistik, Einkauf, Produktion bis hin zur Rechnung und zum Kundenfeedback. Lernen ist keine abstrakte pädagogische Veranstaltung sondern ein Bestandteil

der Arbeit am Produkt bzw. der Dienstleistung. Wichtig dabei: der Produktionsschulträger ist in die regionalen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungsstrukturen eingebettet; Wettbewerbsabsprachen der Träger mit der lokalen Wirtschaft sowie die gute Zusammenarbeit mit der Schullandschaft vor Ort sind ein „Muss“.

Politischer Handlungsbedarf

Wir brauchen in einem neuen Übergangssystem Schule-Beruf Einrichtungen wie Produktionsschulen für junge Menschen mit erhöhtem Förderbedarf, um ihnen eine soziale und berufliche Integration zu erleichtern. Ein solches Regelangebot muss bei der derzeit stattfindenden Neugestaltung des Übergangs Schule-

Beruf verbindlich eingebaut werden, da derartige Angebote auch bei verringerten Schulabgängerzahlen dringend gebraucht werden. Die Größe dieser Zielgruppe wird unabhängig von konjunkturellen und demografischen Veränderungen auch zukünftig als relativ hoch und stabil eingeschätzt.

In Gesamtverantwortung der Jugendhilfe sollten die Rechtskreise SGB II, III und VIII sowie die Länder mit ihrer Verantwortung für den Bildungsbereich bei der Ausgestaltung und Finanzierung von Förderangeboten für integrationsgefährdete Jugendliche eng zusammenarbeiten. Der Bundesgesetzgeber ist aufgefordert, dafür eine Kooperations- und Finanzierungsnorm auf den Weg zu bringen, um Rechtssicherheit für die fachlich-inhaltliche und für die finanzielle Zusammenarbeit der zuständigen Akteure vor Ort zu schaffen.

Landesverband Produktionsschulen Baden-Württemberg

Postadresse:

Hardtstiftung
Neureuter Hauptstraße 2
76149 Karlsruhe

www.bv-produktionsschulen.de

Ansprechpartner

Hans-Jürgen Bauer
Sprecher des Landesverbands Produktionsschulen Baden-Württemberg
www.produktionsschule-oberschwaben.de
bauer@hoffmannhaus-wilhelmsdorf.de
07503.203620

Gerald Büchsel,
Sprecher des Landesverbands Produktionsschulen Baden-Württemberg
Beauftragter der Evangelischen Akademie Bad Boll
gerald.buechsel@gmx.de
07121.1398185

Michael Schröpfer
Hardtstiftung
schroepfer@hardtstiftung.de

Prof. Dr. Wolfgang Mack
Pädagogische Hochschule Ludwigsburg
mack@ph-ludwigsburg.de